

GROSSER RAT

GR.26.219

VORSTOSS

Interpellation betreffend Zukunft des Strassenverkehrsamts Aargau: Chancen und Risiken einer Verselbständigung bzw. (Teil-)Privatisierung vom 30. Juni 2026 von Stefan Huwyl, FDP, Muri

Text und Begründung:

Die Strassenverkehrsämter stehen schweizweit vor strukturellen Herausforderungen, so auch das Strassenverkehrsamt des Kantons Aargau (StVA). Die steigende Anzahl Fahrzeuge, wachsende regulatorische Anforderungen sowie die Digitalisierung führen zu einem stetig steigenden Geschäftsvolumen.

Gleichzeitig besteht im Kanton Aargau weiterhin ein Überhang bei Fahrzeugprüfungen. Aufgrund des anhaltenden Wachstums des Fahrzeugbestandes bleibt der Bedarf an Prüfkapazität dauerhaft hoch. Dies belastet Bevölkerung und Gewerbe und erschwert die Einhaltung gesetzlicher Prüfintervalle.

Hinzu kommt, dass der TCS Aargau als Partner des StVA aus der Durchführung von Fahrzeugprüfungen ausgestiegen ist. Dies verschärft die Kapazitätsproblematik zusätzlich.

Wie andere kantonale Verwaltungseinheiten unterliegt auch das Strassenverkehrsamt den Rahmenbedingungen der kantonalen Verwaltungsorganisation. Diese gewährleisten die demokratische Steuerung, können jedoch die Flexibilität bei der Personalplanung, Investitionen und Kooperationen begrenzen und damit eine rasche Anpassung an Veränderungen der Nachfrage erschweren. Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass organisatorische Weiterentwicklungen geprüft werden, um den steigenden Kapazitäts- und Flexibilitätsanforderungen künftig besser begegnen zu können.

Der Kanton Bern prüft derzeit eine Verselbständigung seines Strassenverkehrsamts in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Ziel ist es, die notwendige Flexibilität zu schaffen, um Personal, Infrastruktur und Dienstleistungen bedarfsgerecht auszubauen, ohne die staatliche Kontrolle aufzugeben.

Eine solche organisatorische Weiterentwicklung stellt keine klassische Privatisierung dar, eröffnet jedoch neue Handlungsspielräume.

Zu den diskutierten Chancen zählen u. a.:

- flexiblere Personalplanung zur Reduktion von Prüfrückständen
- grössere Investitions- und Digitalisierungsspielräume
- bessere Kooperationsmöglichkeiten (mit Dritten und interkantonal)
- höhere Kostentransparenz und langfristig stabilere Gebührenstrukturen

Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt, die organisatorischen Rahmenbedingungen auch im Kanton Aargau vertieft zu prüfen und eine fundierte Auslegeordnung vorzunehmen, um die langfristige Leistungsfähigkeit des Strassenverkehrsamtes sicherzustellen.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Aktuelle Situation und Prognose weitere Entwicklung

1.1 Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation hinsichtlich

- Prüfrückständen bei Fahrzeugprüfungen,
- Kapazitäten und Personalbestand,
- Entwicklung des Fahrzeugbestands im Kanton Aargau?

1.2 Welche konkreten Auswirkungen hat der Ausstieg des TCS als externer Anbieter auf die Prüfkapazitäten im Kanton?

1.3 In welchem Umfang sind die heutigen Gebühren kostendeckend? Wo bestehen strukturelle Probleme bei deren Festlegung oder Anpassung?

2. Aktuelle Organisationsform des StVA

2.1 Wo sieht der Regierungsrat heute die wesentlichen Potentiale und Grenzen der heutigen Organisationsform als kantonales Amt (insbesondere bei Personal, Investitionen, Kooperationen)?

2.2 Welchen Einfluss hat die heutige Organisationsform auf die Fähigkeit des Strassenverkehrsamtes, auf steigende Nachfrage und Kapazitätsanforderungen zu reagieren?

2.3 Welche Massnahmen wären im bestehenden System möglich, und wo bestehen klare Grenzen?

2.4 Wie sieht der interkantonale Vergleich bei den Prüfrückständen aus? In einer entsprechenden Auswertung soll zudem markiert werden, in welchen Kantonen die Strassenverkehrsämter (teil-)autonom organisiert sind.

3. Alternativen zur heutigen Organisationsform

3.1 Wurden andere Organisationsformen (z. B. öffentlich-rechtliche Anstalt, teilautonome Einheit, Einbindung privater Anbieter) schon einmal geprüft?

3.2 Wie beurteilt der Regierungsrat das Modell des Kantons Bern (Verselbständigung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt) hinsichtlich Übertragbarkeit auf den Kanton Aargau?

3.3 Welche rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen wären für eine solche Lösung im Aargau notwendig?

4. Chancen einer Verselbständigung / (Teil-)Privatisierung

4.1 Welche konkreten Chancen sieht der Regierungsrat in einer flexibleren Organisationsform, insbesondere bezüglich:

- Abbau von Prüfrückständen
- Personalgewinnung und -planung
- Digitalisierung und Investitionen
- Kooperation mit privaten oder interkantonalen Partnern
- Gebührenentwicklung und Kostentransparenz

4.2 Inwiefern könnte eine solche Lösung dazu beitragen, dass zusätzliche Leistungen oder Effizienzgewinne erzielt werden (z. B. neue Dienstleistungen, interkantonale Zusammenarbeit)?

5. Risiken und politische Steuerung

5.1 Welche Risiken wären mit einer Verselbständigung verbunden?

5.2 Wie könnte sichergestellt werden, dass staatliche Kernaufgaben (Verkehrssicherheit, Aufsicht, Gebührenkontrolle) bei einer Änderung der Organisationsform weiterhin gewährleistet bleiben?